

# Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum

*Joachim Schild\**

Wieder einmal wurde europäische Geschichte in Frankreich geschrieben. Die Französinnen und Franzosen, die das Ratifizierungsgesetz zum Vertrag über eine Europäische Verfassung (VVE) mit 54,7 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer hohen Abstimmungsbeteiligung von 69,4 Prozent ablehnten, haben nicht nur ein tektonisches Beben in der französischen Innenpolitik ausgelöst. Sie haben auch die Europäische Union an einen kritischen Wendepunkt geführt. Wie kein anderes Mitgliedsland der Union war und ist Frankreich sowohl für Glanzstunden (Schuman-Plan zur Montanunion, Währungsintegrationsimpulse) wie für schwarze Tage und Krisen der europäischen Einigungsgeschichte (Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954, de Gaulles Krise des leeren Stuhls 1965/66) verantwortlich.

Reichweite und Tiefenwirkung der mit dem französischen Nein zum Verfassungsvertrag ausgelösten und durch das niederländische Nein verstärkten Schockwellen lassen sich derzeit nur ansatzweise erahnen. Die Hoffnung, den VVE unter diesen Umständen ‚retten‘ zu können, ihn eventuell sogar nach einer erfolgreichen Fortsetzung der noch ausstehenden Ratifizierungsverfahren erneut in Frankreich (und in den Niederlanden) zur Abstimmung stellen zu können,<sup>1</sup> ist ein Ausdruck von Realitätsverweigerung. Die schwerwiegendsten Folgen dieser Referenden sind jedoch nicht auf dem Gebiet der europäischen Verfassungspolitik zu erwarten. Hier bestehen durchaus Möglichkeiten, unterhalb der Schwelle von Vertragsänderungen die Entscheidungseffizienz der erweiterten Union zu wahren und zu verbessern.<sup>2</sup> Die eigentlichen Probleme, die durch die Referenden nicht verursacht, sondern lediglich sichtbar gemacht wurden, liegen auf einer anderen Ebene: Es handelt sich um eine tief sitzende *Malaise* nicht nur in der französischen und niederländischen Bevölkerung über Fortgang, Richtung und Inhalt des Integrationsprozesses. Das europäische Einigungsprojekt dient für eine wachsende Zahl von Unionsbürgern nicht mehr als Fokus für ihre Hoffnungen und Erwartungen. Vielmehr wird die Europäische Union zunehmend zur Projektionsfläche für Zukunftsängste von Bürgern in alternden Gesellschaften, die sich durch Tempo und Richtung des ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandels überfordert fühlen.<sup>3</sup> Die Union steht in den Augen vieler ihrer Bürger für permanenten politischen Gestaltwandel, für unsichere äußere Grenzen, für eine Verschärfung wirtschaftlicher Konkurrenz und eine Verlängerung negativer Globalisierungsfolgen nach innen, für sozialen Abstieg und den Verlust wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen. Der europäische Zukunftshorizont hat

---

\* Prof. Dr. Joachim Schild, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Trier.

- 1 Die Möglichkeit einer zweiten Abstimmung in Frankreich wurde kurz vor dem Referendum von Jean-Claude Juncker ins Spiel gebracht, zuvor auch schon von Valéry Giscard d'Estaing, vgl. „Une insulte au peuple français“, in: *Libération.fr.*, 27.5.2005.
- 2 Einen Überblick über Optionen des Umgangs mit einer von vielen Beobachtern antizipierten Ratifizierungskrise liefert Andreas Maurer: Austritt, Ausschluss oder institutionelle Anpassung: Optionen nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 1/2005, S. 165–184, insbes. ab S. 178.
- 3 Vgl. Hanns W. Maull: The Melt-Down of European Politics, in: *Deutsche-Aussenpolitik.de Opinon editorial* Nr. 13, Juni 2005, unter: [www.deutsche-aussenpolitik.de/digest/op-ed\\_inhalt\\_17.php](http://www.deutsche-aussenpolitik.de/digest/op-ed_inhalt_17.php) (letzter Zugriff: 3.6.2005).

sich nicht nur verengt, sondern vor allem verdüstert. Haben wir es mit einer Art von geschichtlichem Wendepunkt zu tun, für die Pierre Rosanvallon den Begriff des „historischen Knotens“ geprägt hat, ein geschichtlicher Moment und Kristallisationspunkt, an dem sich bisherige politische und gesellschaftliche Rationalitäten sowie symbolische und sprachliche Repräsentationen gesellschaftlicher Wirklichkeit verändern und neu entstehen?<sup>4</sup>

Die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden machen die inzwischen erreichte Tiefe der wechselseitigen Durchdringung von europäischer und nationaler Politik schlaglichtartig deutlich. Dementsprechend steht vor der Suche nach Lösungen und Auswegen aus einer europapolitischen Krise, die sich keineswegs auf eine Ratifizierungskrise reduzieren lässt, zunächst die genaue Analyse der Ursachen der ablehnenden Voten auf nationaler Ebene. Ohne eine erfolgreiche Rekonstruktion ihrer nationalen Legitimationsbasis wird europäische Politik kaum redynamisiert werden können, so wie umgekehrt die Stärkung dieser nationalen Legitimationsressourcen ohne einen für die Bürger erkennbaren politischen Kurswechsel auf europäischer Ebene kaum denkbar ist.

Es soll im Folgenden am französischen Fall untersucht werden, warum es überhaupt zu einem Referendum kam und welche politisch-konjunkturellen und vor allem welche langfristigen, tieferliegenden Bestimmungsgründe das Ergebnis der Abstimmung beeinflusst haben. Abschließend soll ein kurzer Ausblick auf die Folgen für die französische Europapolitik und die Rolle Frankreichs im Prozess der Krisenbewältigung gegeben werden.

### **Das Referendum als Ratifizierungsweg**

Im Gegensatz zu Dänemark und Irland ist der Weg zur Ratifizierung europäischer Vertragsänderungen über ein Referendum in Frankreich keineswegs zwingend vorgeschrieben. Staatspräsident Jacques Chirac hatte die Wahl. Im Falle einer parlamentarischen Ratifizierung hätte er sich einer soliden Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments sicher sein können. So revidierte der verfassungsändernde Gesetzgeber, der Kongress als gemeinsame Versammlung der Nationalversammlungsabgeordneten und Senatoren, die französische Verfassung am 28. Februar 2005 mit einer satten Mehrheit von rund 92 Prozent der abgegebenen Stimmen, um den Weg für die innerstaatliche Ratifizierung des VVE frei zu machen.<sup>5</sup> Welche Gründe haben Chirac bewogen, den dornigen und letztendlich gescheiterten Weg einer Ratifizierung per Referendum dem bequemen und sicheren Weg einer parlamentarischen Ratifizierung vorzuziehen? Zunächst hatte sein Vorgänger im Amt, François Mitterrand, mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags per Referendum am 20. September 1992 einen Präzedenzfall geschaffen. Konnte bei der innerstaatlichen Ratifizierung der europäischen Vertragswerke von Amsterdam und Nizza noch mit der beschränkten Reichweite der Reformen argumentiert werden, um den parlamentarischen Ratifizierungsweg zu begründen, so wäre dies im Falle des VVE ungleich schwieriger gewesen. Der umfassendere Charakter der Vertragsreform und insbesondere die symbolisch hochaufgeladene Etikettierung des Ergebnisses als „Verfassung“ hätten im Falle einer Nichtbefragung des Souveräns hohe innenpolitische Kosten verursacht. Die potenziellen Kosten eines Verzichts auf ein Referendum wurden noch erhöht durch die Ankündigung Tony Blairs im April 2004, in Groß-

4 Vgl. das Interview mit Pierre Rosanvallon unter dem Titel „Faire l’histoire du politique“, in: *Esprit*, Nr. 209, Februar 1995, S. 25–42.

5 Angaben der Nationalversammlung unter: [www.assemblee-nationale.fr/12/congres/scrutins/constitution\\_europe.asp](http://www.assemblee-nationale.fr/12/congres/scrutins/constitution_europe.asp) (letzter Zugriff: 25.5.2005). Der Verfassungsrat (Conseil constitutionnel) hatte in mehreren Punkten einen Normenkonflikt zwischen dem VVE und der französischen Verfassung festgestellt und somit eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung der Ratifizierung gemacht. Die Unterstützer dieser Verfassungsänderung waren mithin auch Befürworter des VVE.

britannien die Bürger über den VVE abstimmen zu lassen. Gerade ein neogaullistischer Staatspräsident hätte mit erheblicher Kritik rechnen müssen, wenn er ausgerechnet in einer Entscheidung dieser symbolischen Tragweite mit der plebiszitären Tradition des Gaullismus gebrochen hätte. Dies gilt um so mehr, als die lautstärksten Befürworter einer Volksabstimmung aus seiner eigenen Partei UMP (*Union pour un mouvement populaire*) stammten, insbesondere in Person des UMP-Vorsitzenden und Chirac-Rivalen Nicolas Sarkozy. Zum Zeitpunkt der Referendumsankündigung durch Chirac signalisierten Meinungsumfragen überdies eine breite Unterstützung des VVE in der Bevölkerung. Ähnlich wie François Mitterrand 1992 wird sich auch Chirac eine Stärkung des europapolitischen Führungsanspruchs Frankreichs für den Fall einer soliden Mehrheit zu Gunsten des Verfassungsvertrags erhofft haben. Ein, wenn nicht gar *das* ausschlaggebende Motiv für die Wahl des Referendumswegs dürfte aber innenpolitischer Natur gewesen sein. Jacques Chirac, der fester europapolitischer Überzeugungen ohnehin nie verdächtig war, sah eine unwiderstehliche Gelegenheit, seine innenpolitischen Widersacher tief zu spalten und in eine krisenhafte Situation zu manövrieren. Es war unschwer vorherzusehen, dass ein Europareferendum in den Reihen der *Parti socialiste* (PS) nach der traumatischen Wahlniederlage 2002 und angesichts eines innerparteilichen Positionsgewinns des linken Flügels auf ihrem Parteitag in Dijon 2003 zu einem tiefen Zerwürfnis führen würde. Wiederholt hatte die Definition der Haltung zur europäischen Integration in der Parteigeschichte der PS als Kristallisationspunkt von Identitätsdebatten und als Vehikel zum Austragen innerparteilicher Strömungsrivalitäten gedient.<sup>6</sup> Genau wie Mitterrand 1992 konnte auch Chirac 2004/05 sicher sein, dass die wichtigste Oppositionspartei in eine Zerreißprobe geführt würde, die ihre Mehrheitsfähigkeit bei der nächsten Präsidentschafts- beziehungsweise Parlamentswahl in Frage stellen kann. So sprechen viele Gründe dafür, dass Chirac den Wahltermin 2007 und die Möglichkeit seiner erneuten Kandidatur stärker im Blick hatte als seine Verantwortung als europäischer Staatsmann in einem Verfassungsratifizierungsprozess, der ohnehin genügend Risiken birgt.<sup>7</sup>

## Determinanten einer Ablehnung

### *Der innenpolitische Kontext*

Was zunächst aus der Sicht der Verfassungsbefürworter wie ein Spaziergang aussah, erwies sich rasch als gefährliche Hochgebirgstour, an deren Ende ein dramatischer Absturz stand. Frankreich gehört keineswegs zu denjenigen Ländern, deren öffentliche Meinung als besonders europaskeptisch gilt. Zuletzt vertraten 54 Prozent der Franzosen im Herbst 2004, im Rahmen der halbjährlichen Eurobarometer-Umfragen (Eurobarometer 62), die Meinung, dass ihr Land Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft habe, gegenüber 35 Prozent, die keine solchen Vorteile erkennen konnten. Damit lag Frankreich ziemlich exakt im EU-Durchschnitt (53 versus 35 Prozent).<sup>8</sup> Auch zeigten die Erhebungen französischer Umfrageinstitute bis März 2005 eine klare Mehrheit der Verfassungsbefürworter im Vorfeld der heißen Phase der Referendumskampagne.

6 Vgl. Geneviève Lemaire-Prosche: *Le P.S. et l'Europe*, Paris 1990.

7 Vgl. hierzu: Andreas Maurer/Amandine Crespy/Deniz Devrim/Kai-Olaf Lang/Jan-Hendrik Lauer/Roderick Parkes/Andrea Stengel: *Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag*, Diskussionspapier, 9. Aufl., Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2005.

8 Diese aktuelle Momentaufnahme bestätigt frühere Befunde zu einer durchschnittlichen EU-Unterstützung in Frankreich, vgl. etwa Bruno Cautrès: *Les attitudes vis-à-vis de l'Europe en France*, in: Bruno Cautrès/Dominique Reynié (Hrsg.): *L'Opinion européenne 2000*, Paris 2000, S. 97–120.

Das Meinungsbild drehte sich abrupt und nachhaltig im März 2005. Dieser Monat war innenpolitisch geprägt von einer Serie von Protesten, Demonstrationen und Streiks unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Über Wochen hinweg mobilisierten Schüler gegen die Schulreformpläne von Erziehungsminister François Fillon. Den Gewerkschaften gelang es im März in ihrer letzten Bastion, dem öffentlichen Sektor, breite Aktionsbündnisse zu schmieden und mittels Streiks und Massendemonstrationen von Post- und Eisenbahnbediensteten, Mitarbeitern von France Télécom, Flughafenbediensteten, Lehrern und Wissenschaftlern die Regierung mit ihren unterschiedlichen Forderungen unter Druck zu setzen.<sup>9</sup> Landesweite Proteste und Streiks am Pfingstmontag (16.5.) gegen die Abschaffung dieses Feiertags taten unmittelbar vor dem Referendum ein Übriges, den negativen Stimmungstrend zu verstärken. Die Popularität von Premierminister Raffarin und seiner Regierung sank auf Rekordtiefstände, und auch diejenige von Staatspräsident Chirac blieb hiervon nicht unberührt.<sup>10</sup> In diesem innenpolitischen Kontext musste die Versuchung für viele Franzosen groß sein, die Gelegenheit ihrer Stimmabgabe anlässlich des Verfassungsreferendums als Denkzettel („vote sanction“) für die Regierenden zu nutzen und somit auf eine europäische Frage eine französische Antwort zu geben. Die wiederholten Hinweise Chiracs, dass er bei einem Sieg des ‚Nein‘ keineswegs an Rücktritt denke, konnten das Blatt ebenso wenig wenden wie die in seiner letzten Ansprache vor dem Referendum nur wenig verklausuliert angekündigte Regierungsumbildung und Ablösung des ungeliebten Premierministers Raffarin unabhängig vom Ausgang der Abstimmung.

Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Frankreich gehörte für 52 Prozent derjenigen, die mit Nein gestimmt haben, zu den zentralen Gründen für ihre Entscheidung. 24 Prozent der Verfassungsgegner gaben an, die Gelegenheit zur Opposition gegenüber der Regierung und Jacques Chirac genutzt zu haben.<sup>11</sup> Innenpolitische Beweggründe haben somit stark zum negativen Ausgang des Referendums beigetragen. Neben einer Abrechnung mit der amtierenden Regierung war auch die tiefe Kluft zwischen der Bevölkerung und ihrer ‚politischen Klasse‘ – genau wie beim politischen Erdbeben im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 21. April 2002 – eine zentrale Ursache für das Abstimmungsverhalten. 31 Prozent der VVE-Gegner gaben zu Protokoll, dass sie mit ihrer Entscheidung ihr „Misstrauen gegen die politische Klasse im allgemeinen“ zum Ausdruck bringen wollten. Die seit Anfang der 1990er Jahre schwelende Krise politischer Repräsentation in Frankreich hat nunmehr einen neuerlichen Höhepunkt erreicht und ist durch die Folgewirkungen des Urnengangs nochmals weiter verschärft worden, die sowohl die Position des amtierenden Staatsoberhauptes als auch die der größten Oppositionspartei PS nachhaltig erschüttert haben.

Man würde das mit dem Referendum einhergehende Signal jedoch völlig falsch deuten, wenn man die genuin *europapolitischen* Beweggründe im Abstimmungsverhalten der Fran-

9 Vgl. „Frankreich steht still“, in: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 10.3.2005.

10 Unmittelbar vor dem Referendum war die Zustimmung zu Premierminister Jean-Pierre Raffarin auf den niedrigsten für ihn je gemessenen Wert von 27 Prozent gesunken, diejenige für Staatspräsident Chirac war zwischen Januar und Mai von 54 auf 42 Prozent gefallen, vgl. Institut Louis Harris, *L'observatoire de l'opinion*, April 2005, in: [www.louis-harris.fr/version\\_f/autres\\_s/Acrobat/LHF-Yahoo-Libe-iTele%20Observ%201er%20avr%2005.pdf](http://www.louis-harris.fr/version_f/autres_s/Acrobat/LHF-Yahoo-Libe-iTele%20Observ%201er%20avr%2005.pdf) (letzter Zugriff: 13.6.2005).

11 Vgl. die umfassende Dokumentation der Ergebnisse einer Abstimmungstagsbefragung vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS, die gleichzeitig Vergleichswerte einer Umfrage zum Maastricht-Referendum anbietet. Sie ist abrufbar unter [www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp](http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp) (letzter Zugriff: 13.6.2005). Bei der Angabe von Motiven für das eigene Abstimmungsverhalten waren bei der Wahl zwischen den Antwortvorgaben Mehrfachnennungen möglich. Wo nicht anders vermerkt, werden Umfrageergebnisse im Folgenden aus dieser Quelle zitiert.

zösinnen und Franzosen nicht berücksichtigte. Denn die Referendumskampagne drehte sich inhaltlich um Europapolitik, nicht um Innenpolitik, wiewohl innenpolitische Kalküle der Beteiligten natürlich eine eminent wichtige Rolle spielten. So umfassend und so intensiv über die Europapolitik diskutiert wurde in Frankreich zuletzt im September 1992, anlässlich des Maastricht-Referendums.

### *Themen und Konfliktlinien*

Welche Themen die Verfassungsdiskussion einzelner EU-Mitgliedstaaten prägen, hängt keineswegs in erster Linie vom Inhalt des Verfassungsvertrags ab. Dieser bietet auf Grund seines umfassenden Charakters und seiner thematischen Breite vielfältige Anknüpfungspunkte für kontroverse Debatten über seine Einzelbestandteile. Entscheidend für den Verlauf nationaler Debatten ist der politisch-kulturelle Resonanzboden, auf den zentrale oder auch weniger wichtige Elemente des Vertrags fallen und mit dem sie von Befürwortern oder Gegnern in Bezug gesetzt werden können. Zum ‚framing‘ nationaler Debatten bedienen sich zentrale Diskursträger und ‚Politikunternehmer‘ gezielt solcher Codes, die tief in die nationale politische Kultur eingebettet, dem heimischen Publikum wohlbekannt sind und leicht aktualisiert werden können. Solche Schlüsselthemen und -begriffe erlauben es, die Wahrnehmung des für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kaum überschaubaren Vertragswerks in vertraute Bahnen der innenpolitischen Auseinandersetzung zu lenken.

Die VVE-Befürworter haben vor allem die Stärkung des europäischen Gewichts in der Welt, die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Union und die negativen Konsequenzen einer Nichtratifizierung für Frankreichs Einfluss in Europa betont.<sup>12</sup> Das abstimmungsentscheidende Thema, das mit vielfältigen Variationen die französische Referendumsdebatte beherrschte, war jedoch der Gegensatz zwischen einem ungezügelter Neoliberalismus und einem sozialstaatlich geprägten europäischen Gesellschaftsmodell in seiner spezifisch französischen Ausprägung.<sup>13</sup> Die Verfassungsgegner porträtierten den VVE erfolgreich als Dokument, das einem „Ultraliberalismus“ Verfassungsrang verleihe und zum kaum ver rückbaren Grundpfeiler europäischer Identität mache.<sup>14</sup> Dem hatten die Befürworter nur wenig entgegenzusetzen. In einem Land, in dem das Etikett ‚liberal‘ oder ‚Liberaler‘ in unmittelbarer Nähe zum Schimpfwort steht, wagte kaum ein Vertragsbefürworter eine offensive Verteidigung der kaum zu leugnenden Grundorientierung des VVE zu Gunsten eines liberalen, marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens. Diese ist allerdings alles andere als neu und gewiss kein Spezifikum des VVE, auch wenn zahlreiche Gegner diese erst im VVE ‚entdeckt‘ haben. Sie findet sich schon in den Römischen Verträgen und wurde durch die Einheitliche Europäische Akte und das Binnenmarktprojekt weiter akzentuiert, damals mit tatkräftiger Unterstützung eines sozialistischen Premierministers namens Laurent Fabius, der 20 Jahre später zum Hauptwortführer der VVE-Gegner auf der Linken wurde.

Statt die Vorteile offener Märkte und einer starken europäischen Wettbewerbspolitik offensiv zu verteidigen, bemühten sich die Vertragsbefürworter auf der Linken wie der Rechten, die im VVE ebenfalls leicht zu identifizierenden sozialstaatlichen Werte und Zielbestimmungen hervorzukehren und den VVE als wirtschaftspolitisch neutralen Rahmen darzustellen.

12 Diese Motive wurden auch in der zitierten IPSOS-Abstimmungstagsbefragung von den VVE-Befürwortern am häufigsten genannt.

13 Vgl. zur französischen Referendumsdebatte die Beiträge von Daniela Schwarzer: *Tauziehen um die EU-Verfassung in Frankreich*, in: SWP-Aktuell 54, Berlin, November 2004; Markus Wagner: *France and the Referendum on the EU Constitution*, in: The Federal Trust, European Policy Brief Nr. 8, März 2005 sowie Maurer/Crespy/Devrim/Lang/Lauer/Parkes/Stengel: *Ratifikationsverfahren*, S. 30–40.

14 Vgl. Jean-Pierre Chevènement: „Du bon usage du non“, in: *Le Figaro.fr.*, 23.3.2005.

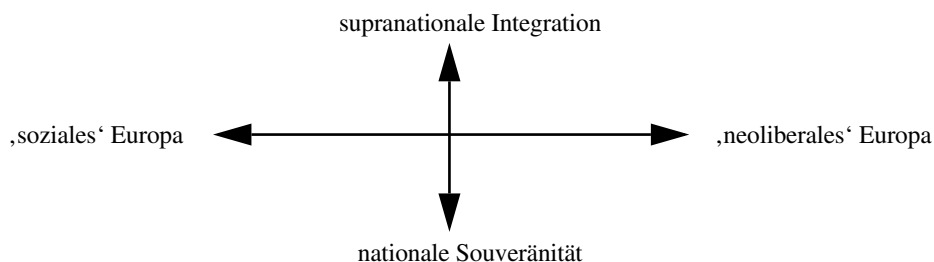
len, der im politischen Prozess mit „linken“ wie „rechten“ Inhalten gefüllt werden könne<sup>15</sup> und, so Chirac, keineswegs einer „liberalen Logik“ gehorche.<sup>16</sup>

Die Verfassungsvertragsgegner waren jedoch ungleich erfolgreicher in ihrem Bemühen, den VVE als Angriff auf sozialstaatliche Errungenschaften und auf ein spezifisch französisches Wirtschaftsmodell mit starken „services publics“ (öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge) darzustellen. Diese Thematik der Gefährdung der im Rahmen des republikanisch-egalitären Modells identitätsstiftenden „services publics“ konnte umso besser von den Vertragsgegnern genutzt werden, als mit den Strom- und Gasmonopolisten EDF und GDF zwei seiner Bastionen im Kontext europäischer Liberalisierungsgesetzgebung unmittelbar vor der Teilprivatisierung stehen.<sup>17</sup> Und schon im Januar 2005 hatte die Umsetzung einer europäischen Richtlinie zur Liberalisierung der Postdienstleistungen in nationales Recht zu starken Protesten der Postbediensteten gegen das für 2009 vorgesehene Ende des Briefmonopols geführt.<sup>18</sup>

Auffällig sind zwei gewichtige Unterschiede zur Europadebatte im Kontext des Maastricht-Referendums vom September 1992. War damals der Umgang mit dem wiedervereinigten Deutschland ein zentrales Thema sowohl der Befürworter wie der Gegner des Vertragswerks,<sup>19</sup> so spielte das wirtschaftlich offenkundig geschwächte Deutschland und der französische beziehungsweise europäische Umgang mit dem Nachbarn in der Referendumskampagne 2005 praktisch keine Rolle mehr.

Der zweite, für die Ablehnung entscheidende Unterschied im Vergleich zur Situation von 1992 ist in einer Verschiebung der zentralen Konfliktlinien in der französischen Europadebatte zu sehen. Die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des Maastrichter Vertragswerks trennte, schematisch gesprochen, in erster Linie das Lager der ‚Souveränisten‘ von dem der ‚Europäer‘.

### Abbildung 1: Ideologische Trennlinien der Referendumsdebatte



Diese Trennlinie war gewiss 2005 ebenfalls präsent. Nationalsouveränisten vom Rechts-Extremisten Le Pen (*Front national*) über den nationalkonservativen Philippe de Villiers (*Mouvement pour la France*) auf der Rechten bis zu Jean-Pierre Chevènement (*Mouvement*

15 Vgl. das Fernsehinterview von Jacques Chirac mit France 2 am 3.5.2005, in: <http://www.doc.diplomatie.fr/BASIS/epic/www/doc/DDD/918732802.doc> (letzter Zugriff: 13.6.2005).

16 Vgl. „Chirac défend une Europe ‚non libérale‘“, in: *Le Figaro.fr.*, 15.4.2005.

17 Vgl. „Gaz de France geht im Juli an die Börse“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.6.2005.

18 Vgl. „Frankreich streikt. Eisenbahner, Ärzte, Postler und Lehrer legen die Arbeit nieder“, in: *Die Welt*, 18.1.2005.

19 Vgl. Hans Manfred Bock: Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderungen und nationale Ungewissheiten, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut in Verbindung mit L. Albertin u.a., Opladen 1992, S. 9–33, insbes. ab S. 14; vgl. auch Byron Criddle: *The French Referendum on the Maastricht Treaty*, September 1992, in: *Parliamentary Affairs*, 46. Jg., Nr. 2, April 1993, S. 228–238, insbes. S. 234.

*Républicain et Citoyen*), der kommunistischen Partei (PCF) und trotzkistischen Gruppierungen (*Lutte ouvrière* und *Lutte communiste révolutionnaire*) auf der Linken blieben sich und ihrer europaskeptischen bis antieuropäischen Haltung treu und mobilisierten ihre Anhänger in beiden Referenden gegen die Vertragsratifizierung.

Wichtiger als diese Trennlinie mit den Polen nationale Souveränität und supranationale EU-Integration war 2005 eine Links-Rechts-Trennlinie in Gestalt eines Wettbewerbs zwischen den Konzeptionen eines ‚neoliberalen‘ und eines ‚sozialen‘ Europas. Hier wurde um mehr Markt oder mehr ‚Staat‘ (im Sinne einer supranationalen Politikgestaltung auf EU-Ebene) gerungen, nicht um das Verhältnis zwischen Nation und Europäischer Union. So argumentierte die gegen den VVE agitierende PS-Minderheit, allen voran Laurent Fabius, mit einem *Mangel* an supranationalen Elementen, vor allem mit Blick auf Einstimmigkeitszwänge in der Sozial- und Steuergesetzgebung sowie im Bereich der Verfassungsänderungsverfahren.<sup>20</sup> Auch kritisierten ihre Vertreter die fehlende Bereitschaft, den Budgetrahmen der Union zu erweitern, um etwa nachholende Entwicklungsprozesse in den Beitrittsländern finanziell großzügiger durch Strukturfondsmittel unterstützen zu können. Der normative Maßstab für die linke Kritik am VVE war das Modell einer Union, die dank Mehrheitsentscheidungen im Rat soziale Mindeststandards und eine Mindestbesteuerung definieren und damit ‚Sozialdumping‘ und einen ungezügelter Wettbewerb in der Besteuerung mobilen Kapitals verhindern kann und die zugleich ihre Fähigkeit zur wachstumsfördernden wirtschaftspolitischen Koordinierung als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank stärkt.

Dabei hatte das neoliberale, ‚angelsächsische‘ Europa in Frankreich praktisch keine Fürsprecher, dafür aber umso mehr entschiedene Gegner. In ihren Reihen traten neben parteipolitischen Kräften auch die Globalisierungsgegner unter organisatorischer Führung von ATTAC sehr aktiv in Erscheinung. Und der Vorsitzende der größten französischen Gewerkschaft CGT, Bernard Thibault, scheiterte kläglich in seinem Bemühen, die Führungsgremien seines Verbands von einem Aufruf zur Ablehnung des VVE abzuhalten.<sup>21</sup> Der Arbeitgeberverband MEDEF, dessen Mitglieder laut internen Umfragen den Verfassungsvertrag mit großer Mehrheit unterstützten, blieb in der Öffentlichkeit weitgehend stumm.<sup>22</sup> Dem lag die gewiss nicht falsche Einschätzung zu Grunde, dass eine klare Stellungnahme des Arbeitgeberlagers zu Gunsten des Verfassungsvertrages – in Anbetracht des ‚neoliberalen‘ Generalverdachts gegen den VVE – eher dessen Gegner gestärkt hätte.

Auf dieser Konfliktdimension war eine völlig asymmetrische Konstellation zu beobachten. Nur wenige liberale Vertreter der rechten Mehrheitspartei UMP kritisierten den ‚linken‘ und antiliberalen Diskurs Chiracs.<sup>23</sup> Die Vertreter des ‚neoliberalen‘ Europa wurden in erster Linie in Brüssel und im Ausland (Großbritannien, Osteuropa) vermutet. Die politische Schubkraft für das Nein war somit vor allem das Ergebnis des durch die binäre Logik des Referendums ermöglichten Zusammenflusses der nationalsouveränistischen Stimmen von links und rechts mit denjenigen von linken, durchaus proeuropäischen Kräften.

### *Die Entscheidung auf der politischen Linken*

Da der Widerstand der Nationalsouveränisten gegen den VVE wenig überraschend kam, ist die Ursache für das Scheitern des Referendums in erster Linie auf der gemäßigten politischen Linken zu suchen. Umfragen vom Abstimmungstag belegen deutlich das Gewicht des

20 Vgl. Laurent Fabius: „Pourquoi il faut dire non à la Constitution européenne“, in: *Libération.fr.*, 18.4.2005.

21 Vgl. „Französische Gewerkschaft gegen EU-Verfassung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.2.2005.

22 Vgl. „Les patrons favorables à la Constitution, mais réservés sur l’Europe“, in: *Le Monde*, 21.4.2005.

23 Vgl. „Les libéraux de l’UMP s’agacent du ‚modèle social‘ vanté par Chirac“, in: *Le Figaro*, 7.-8.5.2005.

linken Neins (Tabelle 1). Die Anhänger der im Parlament vertretenen Linksparteien stimmten zu knapp zwei Dritteln (63 Prozent) mit Nein, während diejenigen der parlamentarischen Rechten umgekehrt den VVE mit einer knappen Drei-Viertel-Mehrheit befürworteten (73 Prozent).

**Tabelle 1: Abstimmungsverhalten nach Parteienähe**

Abstimmungsverhalten	Ja (in Prozent)	Nein (in Prozent)
<i>Parteinähe</i>		
Extreme Linke	6	<b>94</b>
PCF	2	<b>98</b>
PS	44	<b>56</b>
Verts	40	<b>60</b>
UDF	<b>76</b>	24
UMP	<b>80</b>	20
MPF	25	<b>75</b>
FN	7	<b>93</b>
keiner Partei nahestehend	31	<b>69</b>
<i>Summe parlamentarische Linke</i>	37	<b>63</b>
<i>Summe parlamentarische Rechte</i>	<b>73</b>	27

Quelle: IPSOS, Référendum 29 Mai 2005: Le sondage sorti des urnes, [www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp](http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp) (letzter Zugriff: 13.6.2005).

Waren 1992 noch 78 Prozent der PS-Anhänger Befürworter des Maastrichter Vertrags, so waren nunmehr die Gegner mit 56 Prozent deutlich in der Mehrheit. Spiegelbildlich hierzu konnte die UMP als Nachfolgepartei der neogaullistischen RPR ihre Wähler zu 80 Prozent für den Verfassungsvertrag mobilisieren, während die Maastrichtgegner unter den RPR-Anhängern 1992 mit 59 Prozent noch klar in der Mehrheit waren. Hier wird gewiss ein Oppositionseffekt erkennbar, war doch die RPR zum Zeitpunkt des Maastricht-Referendums ebenso in der Oppositionsrolle wie die PS heute. Aber dieses Abstimmungsverhalten der Anhänger der parlamentarischen Linken (PS, PCF und Grüne) ist auch als Ausdruck einer tatsächlich gewandelten Haltung der Linken zur europäischen Integration zu betrachten. Bei den Wortführern eines linken, „europäischen Neins“ liegt die Hauptverantwortung für dieses von ihnen gewollte Resultat.

Weder der PS noch den Grünen gelang es, ihre Anhänger von der Mehrheitslinie ihrer Partei zu überzeugen. Bei parteiinternen Referenden hatte sich eine Mehrheit von rund 59 Prozent der PS-Mitglieder am 1.12.2004 für den VVE ausgesprochen. Bei den Grünen fiel die ebenfalls per parteiinternem Referendum im Februar ermittelte Mehrheit zu Gunsten des VVE mit 52,9 Prozent etwas knapper aus.<sup>24</sup> Die Mehrheit der Anhänger beider Parteien entschied sich gleichwohl gegen den Vertrag (vgl. Tabelle 1).

<sup>24</sup> Vgl. „Frankreichs Grüne mit knapper Mehrheit für EU-Verfassung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.2005.



Eine zentrale Rolle unter den PS-Dissidenten nahm der Ex-Premierminister Laurent Fabius ein, der zuletzt als Wirtschafts- und Finanzminister in der Regierung Jospin Verantwortung trug. Er war in der Vergangenheit in Wort und Tat stets Exponent des proeuropäischen und ‚sozialliberalen‘ Flüges der Partei und galt im Jahr 2000 gar als möglicher Kandidat für den IWF-Vorsitz. Nun stand er plötzlich Arm in Arm mit Globalisierungskritikern in der ersten Reihe der VVE-Gegner. Mit seiner „föderalistisch-sozialistischen“ Kritik am Verfassungsvertrag versuchte er sich ganz offenkundig, eine günstige Ausgangsposition als Kandidat der Linken für das Rennen um die Präsidentschaftswahl im Jahre 2007 zu verschaffen.<sup>25</sup> Die Parallele zu seinem Ziehvater Mitterrand ist verblüffend. Auch dieser entstammte der gemäßigten Linken, bevor er Anfang der 1970er Jahre mit Erfolg auf eine Radikalisierung des PS-Diskurses und auf ein Linksbündnis mit den Kommunisten setzte, um die Linke erstmals in der V. Republik an die Macht zu bringen. Die Positionierung von Laurent Fabius gehorcht der gleichen Logik: Er möchte als Anführer eines breiten Linksbündnisses von der PS bis hin zu den Globalisierungskritikern von ATTAC und zur extremen, trotzkistischen Linken in den Präsidentschaftswahlkampf 2007 ziehen. Dies hat eine Schwächung der derzeitigen PS-Parteiführung unter dem Vorsitz von François Hollande und eine eventuelle „feindliche Übernahme“ der Partei<sup>26</sup> zur Voraussetzung. Die Schwächung der PS ist ihm dank seiner erfolgreichen Positionierung gegen die Mehrheitslinie der Partei zum VVE sehr nachhaltig gelungen. Seine Reputation als Vertreter der ‚Regierungslinken‘ und seine sich proeuropäisch gebende Kritik am VVE dürften viele Anhänger der PS ins Lager des Neins gezogen haben. Die Anreize der bipolarisierenden Logik der französischen Präsidentschaftswahlen für die Bündnisstrategien von Kandidaten und die binäre Logik der Entscheidungssituation eines Referendums haben hier zusammengewirkt und zu einer ‚unheiligen Allianz‘ geführt. Dieses Phänomen zeigt, wie unentwirrbar Innenpolitik und Europapolitik inzwischen miteinander verwoben sind.

Die nicht nur von Fabius, sondern auch von anderen PS-Dissidenten benutzte „föderalistisch-sozialistische“ Kritik am VVE beruht allerdings auf einer Lebenslüge der französischen Linken. Schon in den Verhandlungen zu den Römischen Verträgen hatte die französische Regierung unter Führung des Sozialisten Guy Mollet – weitgehend vergeblich – auf eine Angleichung sozialer Schutzstandards auf europäischer Ebene gedrängt, um „faire“ Wettbewerbsbedingungen im gemeinsamen Markt durchzusetzen.<sup>27</sup> Vom französischen Memorandum für ein „soziales Europa“ 1981 unter Staatspräsident Mitterrand bis zu den Forderungen des sozialistischen Premierministers Jospin nach einer „europäischen Sozialcharta“ (2001),<sup>28</sup> die europäische soziale Mindeststandards definieren und verbindlich festschreiben sollte, ist dieser rote Faden in der Europaprogrammatik der PS und ihrer Führungsfiguren zu erkennen. Zuletzt stand der gesamte Europawahlkampf der Sozialisten im Zeichen ihres Eintretens für eine „Europe sociale“.<sup>29</sup> Die Lebenslüge der Linken besteht darin, dass sie nicht im Ansatz plausibel machen konnte, warum Schritte in Richtung einer Angleichung der Sozialstandards und Steuersätze, die schon in einer wirtschaftlich hochgradig homogenen 6er-Gemeinschaft politisch nicht durchsetzbar waren, nun ausgerechnet in einer durch extreme wirtschaftliche Disparitäten gekennzeichneten EU-25 Erfolgsaussichten ha-

25 Vgl. „Le contre-président Fabius“, in: Libération.fr., 25.5.2005.

26 So „Fabius‘ Stunde“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.2005.

27 Vgl. Pierre Gerbet: La construction de l'Europe, 3. Aufl., Paris 1999, S. 186.

28 Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2005, S. 60 u. 226.

29 Vgl. Programme PS pour l'Europe: Garantir l'avenir de chacun, Paris 2004, in: [www.ps.be/files/0/programme\\_europe\\_-\\_15.04.04.\\_92869.doc](http://www.ps.be/files/0/programme_europe_-_15.04.04._92869.doc) (letzter Zugriff: 13.6.2005).

ben könnten. Gleichzeitig lenkt dieser Europadiskurs von durchaus vorhandenen Reformmöglichkeiten auf nationaler Ebene ab. Diese wurden von anderen EU-Mitgliedstaaten bekanntlich ungleich früher, weitreichender und erfolgreicher als in Frankreich (und Deutschland) ausgeschöpft, um den Sozialstaat auf ein solideres Fundament zu stellen. Die Schere zwischen dem sozialistischen Europadiskurs und der durchaus ‚euroliberalen‘ Regierungspraxis der verschiedenen französischen Linksregierungen seit 1981 klappte im Laufe der Zeit immer weiter auseinander.<sup>30</sup> Indem sie über Jahrzehnte unrealistischen Vorstellungen eines sozialen Europas und einer Europäischen Union als Schutzwall gegen die Wogen der Globalisierung Vorschub geleistet und gleichzeitig das Ausmaß des internen Reformbedarfs verniedlicht hat, trug die proeuropäische Linke maßgeblich dazu bei, Erwartungen zu wecken, die nur enttäuscht werden konnten. Dabei gelang es insbesondere den Verfassungsvertragsgegnern aus dem linken Lager, die Idee einer „produktiven Krise“ („*crise salubre*“) in der Union zu verbreiten, die der Durchsetzungsfähigkeit linker Europapolitik dienen könne. Damit spielte sie nicht nur mit den Ängsten der Bevölkerung, sondern versuchte, diese mit einer politisch-konkreten Hoffnungsperspektive zu verbinden. Dies ist offenbar gelungen, wie illusionär diese Hoffnung auch immer sein mag.

### *Soziologie des Abstimmungsverhaltens*

Schon im Kontext des Maastricht-Referendums war eine deutliche soziale Trennlinie zwischen dem gutsituierten Frankreich und dem Frankreich ‚von unten‘ erkennbar geworden.<sup>31</sup> Die Ablehnung des Verfassungsvertrags hat sich in den unteren Sozial- und Bildungsschichten im Vergleich zu 1992 in geradezu dramatischer Weise verstärkt (Tabelle 2). Fast vier von fünf Arbeitern stimmten gegen den Vertrag (1992: 61 Prozent), ebenso zwei Drittel (67 Prozent) der kleinen Angestellten (1992: 53 Prozent). Allein in der Berufsgruppe der freien Berufe und leitenden Angestellten fand der VVE eine Mehrheit. Mit der EU-Entwicklung verknüpfte Zukunftsängste haben sich – ganz im Gegensatz zur Situation 1992 – offenbar bis tief in die Mittelschichten hineingefressen. Darauf deutet die mehrheitliche Ablehnung mit 53 Prozent in den Reihen der mittleren Angestellten hin. 1992 hatten diese dem Maastrichter Vertrag noch mit 62 Prozent zugestimmt.

Bedenklich stimmt auch die leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegende Ablehnung des VVE in der jüngsten Altersgruppe der 18-24-Jährigen. Auch diese Altersgruppe war 1992 noch auf der Seite des Ja (knapp 51 Prozent). Nur in der Altersgruppe der Rentner (über 60 Jahre) mobilisierte der VVE eine Mehrheit! Dieser Bruch zwischen den Generationen wurde einem Millionenpublikum plastisch verdeutlicht, als Staatspräsident Chirac in einer Fernsehdebatte mit Jugendlichen diesen zurief, doch „keine Angst“ zu haben. Aber auf die sehr konkreten Arbeitsplatzsorgen und Zukunftsängste der jungen Menschen wusste er nur hilflos und in allgemeiner Form mit Hinweisen auf die Vorteile des VVE und die negativen Konsequenzen eines französischen Nein zu reagieren.<sup>32</sup>

30 Vgl. Vivian A. Schmidt: *Discourse and (Dis-)Integration in Europe: The Cases of France, Germany and Great Britain*, in: *Daedalus*, 126. Jg., Nr. 3 (Sommer 1997), S. 167–197, hier insbes. ab S. 183.

31 Vgl. Olivier Duhamel und Gérard Grunberg: *Référendum: les dix France*, in: *SOFRES* (Hrsg.): *L'état de l'opinion 1992*, Paris 1992, S. 79–86.

32 Vgl. „Fürchtet Euch nicht!“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.4.2005.

**Tabelle 2: Abstimmungsverhalten nach soziodemografischen Merkmalen**

<b>Abstimmungsverhalten</b>	<b>Ja</b> (in Prozent)	<b>Nein</b> (in Prozent)
Gesamt	45	<b>55</b>
<b>Alter</b>		
18–24 Jahre	44	<b>56</b>
25–34 Jahre	45	<b>55</b>
35–44 Jahre	39	<b>61</b>
45–59 Jahre	38	<b>62</b>
60–69 Jahre	<b>56</b>	44
70 Jahre und mehr	<b>58</b>	42
<b>Beruf</b>		
Landwirte	30	<b>70</b>
Handwerker, Kleinhändler	49	<b>51</b>
freie Berufe, leitende Angestellte	<b>65</b>	35
mittlere Angestellte	47	<b>53</b>
kleine Angestellte	33	<b>67</b>
Arbeiter	21	<b>79</b>
<b>Persönlicher Status</b>		
Beschäftigte des Privatsektors	44	<b>56</b>
Beschäftigte des öffentlichen Sektors	36	<b>64</b>
Selbständige	42	<b>58</b>
Arbeitslose	29	<b>71</b>
Studenten	<b>54</b>	46
Rentner	<b>56</b>	44
<b>Letzter erworbene Abschluss</b>		
Ohne Abschluss	28	<b>72</b>
Kurze Ausbildung	35	<b>65</b>
Abitur	47	<b>53</b>
Abitur + zwei Jahre Ausbildung	<b>54</b>	46
Abitur + mindestens 3 Jahre Ausbildung	<b>64</b>	36

Quelle: IPSOS

**EU-25-Plus: ein schwieriges Identifikationsobjekt**

Ein zentraler Kontextfaktor für das gescheiterte Referendum war die am 1. Mai 2004 vollzogene EU-Osterweiterung. Die Angst vor verschärftem Wettbewerb auf den Waren- und Arbeitsmärkten, vor Unternehmensverlagerungen in die Beitrittsländer, vor einem ungezügelter Steuersenkungswettlauf und einer Konkurrenz nationaler Sozialmodelle hat zu einer generellen Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Erweiterung geführt. Die französi-

schen Präsidenten und Regierungen hatten nach dem Fall der Mauer auch gewiss wenig unternommen, ihrer Bevölkerung den Sinn und die Vorteile dieses historischen Erweiterungsschrittes zu vermitteln, zumal die Osterweiterung auch für die Regierenden in Paris bekanntlich nicht gerade eine überragende Priorität im Rahmen ihrer Europapolitik besaß. Eurobarometer-Fragen zur Einstellung der Europäer zur EU-Erweiterung ergaben seit Jahren ein konstantes Bild: Frankreich rangierte im Hinblick auf die Unterstützung der EU-Erweiterung in der Bevölkerung seit 1996 durchgehend im hinteren Viertel der EU-Mitglieder, häufig auf dem letzten Rangplatz innerhalb der EU-15.<sup>33</sup> Das Verfassungsreferendum wurde somit, in den Worten des Politologen und Osteuropaexperten Jacques Rupnik, zu einem verspäteten Referendum über die EU-Osterweiterung.<sup>34</sup>

Dies lässt sich am hervorgehobenen Stellenwert zweier Themen in der Referendumskampagne ablesen: der Dienstleistungsrichtlinie, die stets als „Bolkestein-Richtlinie“ titulierte<sup>35</sup>, und der Thematik von Unternehmensverlagerungen („délocalisations“) nach Osteuropa. Die von der Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie hatte zwar nichts mit dem VVE zu tun (sie war ja auf der Grundlage der geltenden Verträge entstanden), war aber ideal dazu geeignet, durch das in ihr vorgeschlagene Herkunftslandprinzip genau wie in Deutschland zum symbolischen Kristallisationspunkt für flottierende Ängste vor einer gnadenlosen Dienstleistungskonkurrenz infolge der Osterweiterung zu werden. Der auf französischen Märkten präsente polnische Installateur wurde zur vielbemühten Symbolfigur für eine neue ‚Gefahr aus dem Osten‘, die insbesondere von der extremen Linken in ihrer Referendumskampagne mit durchaus xenophoben Akzenten ausgeschlachtet wurde. Noch direkter waren die Wirkungen von Unternehmens- beziehungsweise Arbeitsplatzverlagerungen in osteuropäische Länder, die breite Medienaufmerksamkeit auf sich zogen. So unternahm einer der Wortführer des linken PS-Flügels, der ehemalige Parteivorsitzende Henri Emmanuelli, eine medienwirksame „tour de France des délocalisés“, indem er den Mitarbeitern von 25 französischen Unternehmen, die Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagerten, im Rahmen seiner Referendumskampagne einen Besuch abstattete.<sup>36</sup> Die Medienaufmerksamkeit für diese Fälle stand jedoch in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen ökonomischen Bedeutung. So sind laut einer Untersuchung des nationalen Statistikamtes INSEE nur 2 Prozent der Arbeitsplatzverluste in der französischen Industrie auf Arbeitsplatz- beziehungsweise Unternehmensverlagerungen ins Ausland zurückzuführen – und davon rund die Hälfte in hochentwickelte OECD-Länder und damit gerade nicht in die *emerging markets* Osteuropas oder Ostasiens.<sup>37</sup> Da Frankreich insgesamt ungleich weniger als etwa Österreich und die Bundesrepublik Deutschland von den unmittelbaren Folgen (etwa in Grenzregionen) der Erweiterung betroffen ist, erscheint es plausibel, die ablehnende Haltung der Franzosen zur Osterweiterung und zum VVE nicht in erster Linie als interessengestützt, sondern zuvörderst als Ausdruck eines fundamentalen Identitätsproblems zu betrachten.

In der Vergangenheit beruhte die Zustimmung zum Projekt europäischer Integration in der französischen Bevölkerung wie in der politischen und gesellschaftlichen Elite nicht zuletzt darauf, dass die EWG/EG/EU als Verwirklichung französischer Ideale und Werte in einem

33 Vgl. Eurobarometer 45 (1996) bis 62 (2005), in: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/standard_en.htm).

34 Vgl. sein Interview „Un vote transformé en référendum rétrospectif sur l’élargissement“, in: *Libération*, 27.5.2005.

35 Vgl. „La directive Bolkestein ou le malaise européen“, in: *Le Monde*, 11.3.2005.

36 Vgl. „Emmanuelli a une recette antidélocalisation“, in: *Libération.fr.*, 25.5.2005.

37 Vgl. „Les délocalisations vers les pays émergents expliquent moins de 2 % des suppressions d’emplois industriels“, in: *Le Monde*, 4.6.2005.

erweiterten Rahmen – als eine Art ‚grande France‘ – verstanden werden konnte.<sup>38</sup> Diese diskursive Gleichsetzung zwischen Frankreich und Europa wurde von den VVE-Befürwortern auch offensiv versucht. So stellte Staatspräsident Chirac den Verfassungsvertrag geschickt als „Tochter von 1789“ dar, indem er auf die Integration der Grundrechtecharta in den Verfassungsrahmen verwies und die Verbindung zur französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 herstellte. Die Verfassung, so Chirac, übernehme „alle Werte Frankreichs“, womit er die erfolgreiche Europäisierung französischer nationaler Identität betonte.<sup>39</sup> Auch nahm der Verweis auf ein durch den VVE gestärktes ‚politisches Europa‘ in Abgrenzung zu einem ‚Europa als große Freihandelszone‘ sowie der Hinweis auf die außen- und sicherheitspolitische Stärkung der Union, die sich im Sinne französischer Zielvorstellung einer ‚Europe puissance‘ interpretieren ließ, einen breiten Raum im Argumentationsrepertoire der Verfassungsbefürworter ein.<sup>40</sup>

Diese diskursive Gleichsetzung französischer und europäischer Identität hat allerdings erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt. So konnten die Vertragsgegner sich die verbreitete Perzeption zu Nutze machen, dass die Union infolge der Osterweiterung wirtschaftspolitisch liberaler und außenpolitisch tendenziell atlantischer – und damit weniger ‚französisch‘ geworden sei. Wenn sich Staatspräsident Chirac bemühte, den VVE als Garantie gegen den von ihm gegeißelten „Ultraliberalismus“ darzustellen, dann musste er in der französischen Öffentlichkeit auf tiefe Skepsis stoßen, wenn etwa zeitgleich ein französischer Unternehmer einen Betrieb nach Rumänien (ab 2007 voraussichtlich EU-Mitglied) verlagert, und den von Entlassung bedrohten französischen Beschäftigten großzügig anbietet, sie dort für 110 Euro monatlich weiterzubeschäftigen.<sup>41</sup>

Die Veränderung der äußeren Grenzen einer politischen Gemeinschaft ist notwendigerweise mit einer Neudefinition ihrer inneren Identität verknüpft.<sup>42</sup> Eine politisch, wirtschaftlich und kulturell zunehmend heterogene EU-25-Plus wird für viele keineswegs antieuropäisch gesinnten Franzosen zu einem schwierigeren Identifikationsobjekt. Das Thema der Entgrenzung der Europäischen Union war in der Referendumsdebatte stets massiv präsent. Die Frage nach der geografischen Gestalt der Union hatte schon in den vergangenen Jahren in den Elitediskursen eine ungleich größere Rolle gespielt als in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten.<sup>43</sup> So kann es kaum verwundern, dass insbesondere das Thema des Türkei-Beitritts eine prominente Rolle in der Kampagne gespielt hat. Staatspräsident Chirac stand fast allein mit seiner Befürwortung einer Beitrittsperspektive für die Türkei. Seine Partei UMP hat unter der Führung von Nicolas Sarkozy eine klar ablehnende Haltung eingenommen, das Thema je-

38 Vgl. Joachim Schild: Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich - politische Eliten, Parteien, Bürger, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B3-4 (2003), S. 31–39; vgl. auch Thomas Risse: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-States Identities, in: Maria Green Cowles/James Caporaso/Thomas Risse (Hrsg.): *Transforming Europe*, Ithaca 2001, S. 198–216, insbes. S. 210–216.

39 Vgl. das Fernsehinterview von Jacques Chirac mit *France 2* am 3.5.2005.

40 Vgl. den Artikel „Une idée et une vision française“ von Europaministerin Claudie Haigneré, die den Verfassungsvertrag schlicht als französische Idee und als Verwirklichung einer französischen Europavision darstellt, in: *Le Figaro*, 6.4.2005.

41 Es handelte sich hierbei weder um einen Einzelfall noch um puren Zynismus. Vielmehr schreibt das französische Arbeitsrecht im Falle von betriebsbedingten Kündigungen und Sozialplänen vor, dass den betroffenen Beschäftigten nach Möglichkeit alternative Beschäftigungsangebote an anderen Standorten gemacht werden müssen, will der Unternehmer nicht hohe Abfindungszahlungen riskieren.

42 Dies wurde nicht zuletzt von Stein Rokkan in seinen vergleichenden europäischen Forschungen stets betont, vgl. Stein Rokkan: *Staat, Nation, Demokratie*, Frankfurt/Main 2000.

43 Für einen neuen Beitrag in diesem Sinne „Europa muss zu seinen Grenzen stehen“ von Ex-Außenminister Hubert Védrine, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.6.2005.

doch aus der Kampagne herausgehalten. Der Türkei-Beitritt wurde insbesondere von Jean-Marie Le Pens rechtsextremer *Front national*, aber auch vom nationalkonservativen *Mouvement pour la France* unter Führung Philippe de Villiers zum zentralen Thema ihrer Abstimmungskampagne gemacht. Und unter den Vertragsgegnern gaben in der bereits zitierten IPSOS-Umfrage immerhin 35 Prozent an, sich mit ihrem Nein gegen einen türkischen EU-Beitritt ausgesprochen zu haben. Selbst die in der französischen Verfassung verankerte Garantie, dass die Bürger über die Ratifizierung des türkischen Beitrittsvertrags per Referendum werden abstimmen können (Art. 88-5), konnte diesem Thema seine Brisanz für die Referendumskampagne nicht nehmen.

### **Folgen für Frankreichs Europapolitik**

„In den kommenden Wochen und Monaten werde ich [...], mit dem Imperativ der Verteidigung unserer nationalen Interessen handeln“, so Staatspräsident Chirac in einer Fernsehansprache an seine Mitbürger am 31. Mai 2005, unmittelbar nach dem gescheiterten Referendum.<sup>44</sup> Einen ersten Vorgeschmack, wie dieses Handeln im Sinne der „nationalen Interessen“ aussehen kann, gab er in den Verhandlungen über die mittelfristige Finanzplanung der Europäischen Union, der so genannten Finanziellen Vorausschau. Im Schulterchluss mit dem ebenfalls innenpolitisch schwer angeschlagenen Bundeskanzler Schröder versuchte er, die Blair-Regierung zu Konzessionen im Hinblick auf den britischen Beitragsrabatt zu drängen. Gleichzeitig verwies aber eindringlich darauf, dass der Agrarkompromiss vom Oktober 2002, der eine Stabilisierung der Agrarausgaben bis 2013 vorsah und die französischen Landwirte vor erweiterungsbedingten Einschnitten bewahrte, unangetastet bleiben müsse. Dieses französische Verhaltensmuster könnte angesichts wachsender Europaskepsis in vielen EU-Mitgliedstaaten auch andernorts leicht Schule machen.

Der französische Einfluss in der erweiterten Union war schon vor dem Referendum im Schwinden begriffen – eine Perception, die auch in der französischen Elite weit verbreitet ist.<sup>45</sup> Die innenpolitische Szene Frankreichs gleicht nach dem Referendum einem Trümmerfeld. Ein völlig diskreditierter Staatspräsident wird in erster Linie darum bemüht sein, die letzten beiden Jahre seiner Amtszeit in halbwegs achtbarer Form zu Ende zu bringen. Der erfahrenste Europapolitiker der alten Regierung, Außenminister und Ex-Kommissar Michel Barnier, der mit ungleich mehr diplomatischem Geschick gesegnet ist als sein Vorgänger, der nunmehr zum Premierminister beförderte Dominique de Villepin, musste seinen Hut nehmen. Von letzterem sind zwar wolkige Ideen zu einem ‚deutsch-französischen Bund‘, aber bislang wenig Konkretes zum französischen Beitrag im Umgang mit einer manifesten europäischen Krisensituation zu hören. Welchen Beitrag könnte der französische Staatspräsident und seine Regierung zum Umgang mit der Ratifizierungskrise auch leisten, ohne das Ergebnis des französischen Referendums zu ignorieren? Als Kandidat für die Übernahme europäischer Führungsverantwortung fällt Frankreich mindestens bis zur Präsidentschaftswahl 2007 aus.

Und mit einem Szenario ist angesichts einer innenpolitisch hochlabilen Situation mit großer Sicherheit nicht zu rechnen: dass man die französische Bevölkerung ein zweites Mal über den gleichen Vertragstext abstimmen lassen könnte, um den Vertrag über die Europäische Verfassung zu retten.

44 Déclaration aux Français de M. Jacques Chirac, 31. Mai 2005, unter: <http://www.elysee.fr/elysee/root/bank/print/30027.htm> (letzter Zugriff: 13.6.2005).

45 Vgl. Assemblée nationale: La présence et l'influence de la France dans les institutions européennes, Rapport d'information No 1594, déposé au nom de la Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne et présenté par Jacques Floch, 12.5.2004.